

Kleine Helden im Wald

*„Kleine Helden im Wald
lässt ein Unglück nicht kalt
und sie packen mit an,
da wo man helfen kann.*

*Ist ein Wesen in Not?
Ist ein Leben bedroht?
Gibt's nen ängstlichen Schrei,
kommen schnell alle herbei.“*

So sangen die Kinder der Tagesstätte der MHH zur Weihnachtsfeier am 7. Dezember. Beschauliche Stimmung, alkoholfreier Glühwein und kostenlose Würstchen sorgten für die richtige Stimmung zum Jahresende. Wie kleine Helden dürften sich in Anbetracht des positiven Betriebsergebnisses auch die Mitglieder des Präsidiums an diesem Nachmittag gefühlt haben.

Am Tag darauf war es zumindest mit der Beschaulichkeit vorbei und bei der Personalversammlung im Hörsaal D zeigte der Personalrat gleich am Anfang deutlich auf, wo der (Weihnachts-) Hase im Pfeffer liegt. Verhandlungen zu wichtigen Vereinbarungen zwischen dem Personalrat und dem Präsidium wurden über Monate verschleppt, so die PR Vorsitzende Jutta

Ulrich. Versuche, Regelungen zu schaffen, um sogenannte Kettenverträge im wissenschaftlichen Bereich zu verhindern fielen, auf nicht gerade fruchtbaren Boden. „Halten Sie mal inne und schauen Sie auf das Personal“ hielt Jutta Ulrich dem Präsidium vor.

Dem stellte das Präsidium die Erfolgszahlen des Jahres 2016 entgegen. Wir haben es geschafft! - so Frau Aulkemeyer und präsentierte den beruhigenden Überschuss von derzeit 3,6 Millionen Euro (Stand Oktober). Dr Tecklenburg rief zu weiteren Sparmaßnahmen bei den Sachmitteln auf und entdeckte die Ressource „Freundlichkeit“ in Kooperation mit der Lufthansa.

Prof Baum lobte die Investitionsfreudigkeit des Landes, dass uns in Bälde eine neue Kinderklinik und sogar ein neues Krankenhaus hinstellen will. „Das ist die Nachricht des Jahres.“ sagte er „und es ist schade, dass diese so wenig Beachtung fand. Vielleicht liegt daran, dass daran kaum noch jemand glaubt – genau so wenig wie an den Weihnachtsmann.

Gremienwahlen 2017

Die ver.di Betriebsgruppe wird sich mit drei Listen an den Gremienwahlen 2017 an der MHH beteiligen. Auf ihrer Dezembersitzung legten die Vertrauensleute die Kandidatinnen und Kandidaten der ver.di Liste für den Senat und die Klinikkonferenz fest. Die Liste zum Senat werden Jutta Ulrich und Simon Brandmaier anführen. Für die Klinikkonferenz bewerben sich unsere Listen auf die beiden Plätze der MitarbeiterInnen aus Technik und Verwaltung, hier mit Ulrike Claas und Matthias Ernst und der Krankenpflege mit Christiane Grams und Nils Hoffmann an der Spitze.



Bundesteilhabegesetz „Noch mal Glück gehabt.....“

.....sagte der CEO (Chief Executive Officer [geschäftsführende Vorstandsmitglied]) zum COO (Chief Operating Officer [Leiter des operativen Geschäfts]). „Was meinen Sie, CEO?“, fragte der COO bedächtig nach einem kleinen Schluck aus der Meißener Porzellan-Espressotasse. „Ich meine diese vermaledeite Neuausgabe des Gesetzbuches für Schwerbeschädigte“ „Ah, Sie meinen die Novellierung des Sozialgesetzbuches IX durch das Bundesteilhabegesetz?“, entgegnete der COO. „Jaja, das da. Beinahe wären diese Schwerbehindertenvertreter noch auf unsere Etage gezogen, hätten unsere Büros, unsere Sekretärinnen und das gute Porzellan übernommen und überhaupt..... wenn man sie in Berlin nicht noch im Schlusspurt im Bundestag gestoppt hätte. Die wollten tatsächlich so eine Unwirksamkeitsklausel in dieses Schwerbeschädigtengesetz geschrieben haben!“ „Sie meinen das SGB IX.“ „Jaja, oder so. Die wollten allen Ernstes, dass eine Maßnahme unwirksam wird, wenn diese Schwerbeschädigtenvertretung.....“ „Sie meinen die Schwerbehindertenvertretung?“ „..... jaaaaaaa, oder so. Wenn diese, diese..... Vertretung von uns nicht informiert und beteiligt wird. Wo kommen wir denn da hin? Das wären ja Verhältnisse wie in einer Räterepublik. Jeder will mitreden, jeder will mitbestimmen und die Entwicklung des Unternehmens beeinflussen. In einem Jahr wären wir pleite!“ Der COO wiegte mit bedenklicher Miene den Kopf: „Ja, eigentlich müssen wir die Schwerbehindertenvertre-

terung schon immer unverzüglich und umfassend informieren, so steht es zumindest im SGB IX.“ „Ich weiß, ich weiß,“ entgegnete der CEO mit einem Lächeln, „aber es hatte bislang so gut wie keine Konsequenzen, wenn wir es nicht getan haben. Da verstößt man doch mit viel leichterem Gewissen gegen ein Gesetz!“ Beredtes Schweigen. Dann mit einem glückseligen Blick aus dem Fenster in die Ferne: „Aber es ist ja noch einmal gut gegangen.....“

So könnte eine fiktive Unterhaltung in einer fiktiven Chefetage eines fiktiven Unternehmen abgelaufen sein. Oder auch in dieser oder jenen Dienststelle des Öffentlichen Dienstes? Naja, vielleicht nicht ganz so. Aber Im Ergebnis bleibt es gleich: Die Schwerbehindertenvertretungen müssen weiterhin die Interessen für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ohne ein rechtlich wirksames Instrument im SGB IX vertreten. „Die Schwerbehindertenvertretungen sind der Motor der Inklusion“, so bezeichnet es Prof. Düwell. Und er hat Recht, denn die berufliche Teilhabe von beeinträchtigten Menschen in den Dienststellen und Betrieben wird maßgeblich durch die SBVen unterstützt. Wir warten also auf die nächste SGB IX-Novellierung. Ach ja, es sind ja bald Wahlen, da könnte man die Parteien ja mal abfragen, was sie in der nächsten Legislaturperiode für die weitere Verbesserung der beruflichen Teilhabe unternehmen wollen

Jürgen Bauch, Hauptvertrauensperson der Schwerbehinderten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur

Nicht besetzte Stellen führen in der Küche zu Engpässen!

In einem Rundschreiben an alle Pflegeleitungen der MHH teilt die Leitung der Küche mit: „Im Bereich der Diätassistentinnen in der Zentralküche sind Anpassungen unseres Angebotes an Sonderkostformen notwendig. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgend genannten Kostformen zukünftig nicht mehr angeboten werden können. Kostformen: Dysphagie, Kostaufbau in allen Stufen und Diabetes flüssig in allen Stufen.“ Nach unseren Recherchen handelt es sich bei den „Anpassungen“ darum, dass mindestens eine Stelle einer DiätassistentIn nicht verlängert wurde. Die Auswirkungen in den Kliniken sind deutlich zu spüren.....



Offener Brief der ver.di Gruppe der MHH an das MWK und die Fraktionen im Landtag

Im November 2016 beschlossen die Vertrauensleute der MHH den Beschluss des Präsidiums zur Fremdvergabe der Bettenaufbereitung nicht einfach hinzunehmen. „Auch wenn die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertretung bei Privatisierungen eher dünn sind, können wir uns das als Landesbetrieb nicht einfach bieten lassen,“ so der Sprecher der Vertrauensleute. Schon die Fremdvergabe der Wäsche hat uns ein Desaster beschert. Wie der Personalrat in seiner letzten Info beschrieb, mangelt es an allen Ecken.

In dem offenen Brief, der an Frau Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić, Fraktionsvorsitzende Frau Modder, Frau Piel, Herrn Thümler und Herrn Dürr ging, ist auszugsweise folgendes zu lesen:

„Keine Auslagerung der Bettenaufbereitung/ Desinfektion! Niedriglohn stoppen – Qualität der MHH erhalten!“

Das Präsidium der MHH hat beschlossen, die Bettenaufbereitung (Desinfektion) der MHH ab dem 1. Februar 2017 an einen externen Anbieter zu vergeben.

Die Bettenaufbereitung versorgt alle Stationen der MHH mit frisch bezogenen, desinfizierten und technisch gewarteten Krankenhausbetten, ca. 300 Stück pro Tag. Die 36 Arbeitsplätze sind für den Krankenhausbetrieb ebenso zwingend erforderlich wie Operationssäle.

Begründet wird das Auslagerungsvorhaben mit dem Ziel der Kosteneinsparung. Gegen die Auslagerung sprechen jedoch soziale, qualitative, betriebswirtschaftliche und personalpolitische Gründe, die uns weit gewichtiger erscheinen. Wir bitten Sie mit allen geeigneten Mitteln auf das MHH-Präsidium einzuwirken, diesen Beschluss zurückzunehmen bzw. nicht umzusetzen....“

der komplette Text unter www.respekt-im-uniklinikum.de

Da nach drei Wochen noch keine Reaktion von Seiten des Ministeriums erfolgte haben wir uns entschlossen den Text am 6.12.17 an alle MitarbeiterInnen der MHH zu senden. Verbunden haben wir diese email mit der Bitte selbst eine Solidaritätsnote an die Pressestelle des MWK zu senden. Diesem Aufruf sind erfreulicherweise viele KollegInnen an der MHH gefolgt.

Jetzt kommt die Pflegekammer

Am 12. Dezember 2016 wurde Geschichte geschrieben! Das Kammergesetz für die Heilberufe in der Pflege (PflegeKG) wurde mit der Mehrheit von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Niedersächsischen Landtag – mit teils erheblichen Änderungen zum ursprünglichem Entwurf – verabschiedet.

Jetzt liegt es an uns Pflegekräften, die Pflegekammer Niedersachsen tatsächlich auf den Weg zu bringen und zu gestalten! Niemand anderes wird das für uns übernehmen. Keine „Experten“ aus anderen Berufsgruppen werden darüber bestimmen, wie die Pflegekammer arbeitet. Und wenn die errichtete Pflegekammer tatsächlich „ineffektiv“ arbeitet, „Fehler“ macht oder dies auch nur in der Öffentlichkeit so erscheint, dann können wir Pflegende niemanden anderes als uns selbst dafür verantwortlich machen. Und das ist großartig! Selbstverwaltung bedeutet, Selbstverantwortung zu übernehmen. Nur, das müssen wir Pflege-

kräfte in der Gesamtheit erst lernen. Von heute auf morgen sind also keine „Wunder“ zu erwarten. Jeder einzelne von uns ist jetzt aufgerufen, die Pflege, den Pflegeberuf in Niedersachsen über die Mitarbeit am Aufbau unserer Pflegekammer zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Als Berufsgruppe dürfen wir uns nicht wegducken vor den immer größer scheinenden Herausforderungen – sondern wir müssen uns zusammenschließen. Mit der Pflegekammer Niedersachsen hätten wir die einmalige Chance dazu – packen wir es an!



Gedanken zur Personalversammlung

Was bleibt von der letzten Personalversammlung? Außer natürlich die Versicherungen des Präsidiums, dass die MitarbeiterInnen einen tollen Job gemacht haben. Nur im Nebensatz hört man ganz leise, dass das noch nicht ausreicht. „Arbeitsverdichtung“ ist da so ein Stichwort, welches sich bei mir eingepägt hat. Fr. Aulkemeyer gab unverblümt zu, dass es zu einer weiteren Arbeitsverdichtung kommen wird. „Es wird anstrengend, aber wir werden das schon irgendwie schaffen“, so der Tenor.

Hr. Dr. Tecklenburg wünscht sich außerdem, dass die Fallzahlen weiter gesteigert, die Sachkosten hingegen gesenkt werden. Dann findet der Verbandswechsel eben nur noch alle 3 Tage statt. Würde eh besser passen, zeitlich klappt es alle 2 Tage sowieso nicht. Das liegt allerdings am fehlenden Personal, nicht an den Sachkosten.

„Wir müssen immer besser als die Anderen sein“, auch das sagte Hr. Dr. Tecklenburg sinngemäß.

Mit diesem Satz im Hinterkopf kommt man dann auf Station und prallt auf die Realität. Drei Pflegekräfte, eine examinierte Kraft zu wenig, alle krank, keiner konnte mehr einspringen, Servicekraft ebenfalls krank, 29 Patienten, davon 7, die komplette pflegerische Ver-

sorgung benötigen, 6 Aufnahmen, 2 sitzwachepflichtige Patienten, aber keine Sitzwache, Abendbrot vorbereiten, am Abend noch zwei Zugänge, aber keine frischen Betten mehr auf Station, keine Pause, alle bleiben zudem noch eine halbe Stunde länger. Die Patienten sind zwar irgendwie versorgt, gerecht wurde man ihnen aber bei Weitem nicht. Alle Pflegekräfte kennen diese Schichten. Stichwort „Arbeitsverdichtung“, Resultat „Qualitätsverlust“. Vor kurzem bekamen wir dann noch eine E-Mail aus der Zentralküche. „Dysphagiekost wird aufgrund einer Veränderung der Stellensituation in der Diätküche nicht mehr angeboten.“ Macht ja nichts, schwerkranke Menschen mit Schluckstörungen, die meist auf jede Kalorie angewiesen sind, bekommen jetzt einfach eine der weltbekannten MHH-Tütensuppen mit heißem Wasser. Hat zwar praktisch keine Kalorien oder sonstige Nährstoffe, ist aber günstiger.

In solchen Momenten frage ich mich, ob das Präsidium nicht schon jeglichen Kontakt zur Realität in ihrer eigenen Einrichtung verloren hat.

Aber denkt dran, wir müssen besser sein!

Tarifrunde 2017

Die ver.di Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat die Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde der Länder beschlossen. Das geforderte Gesamtvolumen von 6 Prozent beinhaltet eine soziale Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrags und die Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15.

Für die Auszubildenden fordert ver.di eine Erhöhung der Vergütungen um 90 Euro, mehr Urlaub und Übernahme nach der Ausbildung.

ver.di fordert weiter, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten in allen Ländern und deren Kommunen zu übertragen. **Jetzt die Kampagnenseite besuchen: <http://troed.verdi.de>**

Unsere Forderungen

- ▶ **6% Gesamtforderung mit sozialer Komponente**
- ▶ **keine sachgrundlosen Befristungen**
- ▶ **90€ für Auszubildende**

**Übernahme nach der Ausbildung
mehr Urlaub für Auszubildende**



ver.di

**VERTRAUENSLEUTE
AKTIVE IM BETRIEB**



KOMPETENT . KRITISCH . KREATIV